Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht 2002

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 2 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen achten Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 15. April 2003

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Der Präsident
Hans-Jakob Mosimann

Der Generalsekretär
Robert Schnetzer

Inhalt

Das achte Berichtsjahr

		Seite
1.	**Überblick**	5
1.1	Aktuelle Standortbestimmung	5
1.2	Entwicklung der Eingänge in den einzelnen Rechtsgebieten	5
1.3	Schwergewicht der Tätigkeit	5
2.	**Tätigkeiten der Geschäftsleitung und des Plenums**	7
2.1	Revision des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht und der Organisationsverordnung	7
2.2	Personalkonzept	7
2.3	Qualitätssicherung	8
2.4	Benchmarking-Projekt mit den (Sozial-)Versicherungsgerichten der Kantone St. Gallen, Waadt und Zürich	8
2.5	Anpassung der URB- und PE-Ansätze	8
2.6	Inkrafttreten der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft per 1. Juni 2002	9
2.7	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	9
2.8	Verlustscheinverwaltung	9
2.9	Schulung und Weiterbildung	9
3.	**Rechtsprechung**	11
4.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	13

5. Personelles 15

5.1 Stellenplan 15

5.2 Funktionsgruppen und Beschäftigungsgrad 15

5.3 Verhältnis weibliches/männliches Personal 15

5.4 Belegschaft 16

6. Sachliche Zuständigkeit 21

6.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts 21

6.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts 22

7. Statistische Übersichten 23

7.1 Sozialversicherungsgericht 23

7.2 Schiedsgericht 27

Abkürzungen 28

Das achte Betriebsjahr

1. Überblick

1.1 Aktuelle Standortbestimmung

Im Berichtsjahr hat das Sozialversicherungsgericht mit 2‘197 hängigen Fällen den tiefsten Pendenzenstand seit seinem Bestehen erreicht (Vorjahr: 2‘335). Den trotz reduziertem Personalbestand (vgl. nachfolgend Ziff. 5.1) erzielten 3‘473 Erledigungen (Vorjahr: 3‘935) standen 3’335 neu eingegangene Fälle gegenüber (Vorjahr: 2‘818). Diese - wie im Vorjahresbericht vorsichtig prognostizierte und deshalb auch nicht ganz unerwartete - Zunahme der Eingänge erfolgte indessen nicht linear: Während bis und mit August 2002 im Monatsdurchschnitt 250 Eingänge zu verzeichnen waren, lag ab September 2002 der monatliche Durchschnitt bei 314 Eingängen. Damit wurde der in den letzten Jahren stetig fortschreitende Pendenzenabbau zwar etwas verlangsamt. Die durchschnittliche Verfahrensdauer jedoch, die für die Rechtssuchenden von entscheidender Bedeutung ist und insofern eines der wesentlichen Qualitätsmerkmale in der Rechtspflege darstellt, konnte trotzdem von 17,1 Monaten im Jahr 1999 beziehungsweise 11,8 Monaten im Vorjahr auf 9,3 Monate gesenkt werden. Das Sozialversicherungsgericht wird bestrebt sein, diesen Wert in den kommenden Jahren noch weiter zu senken. Allerdings wird es eine unterste Grenze von einigen Monaten geben, eine Verfahrensdauer, die alleine schon durch jene Zeit bestimmt wird, welche Schriftenwechsel, Urteilsfindung und Urteilsredaktion in Anspruch nehmen.

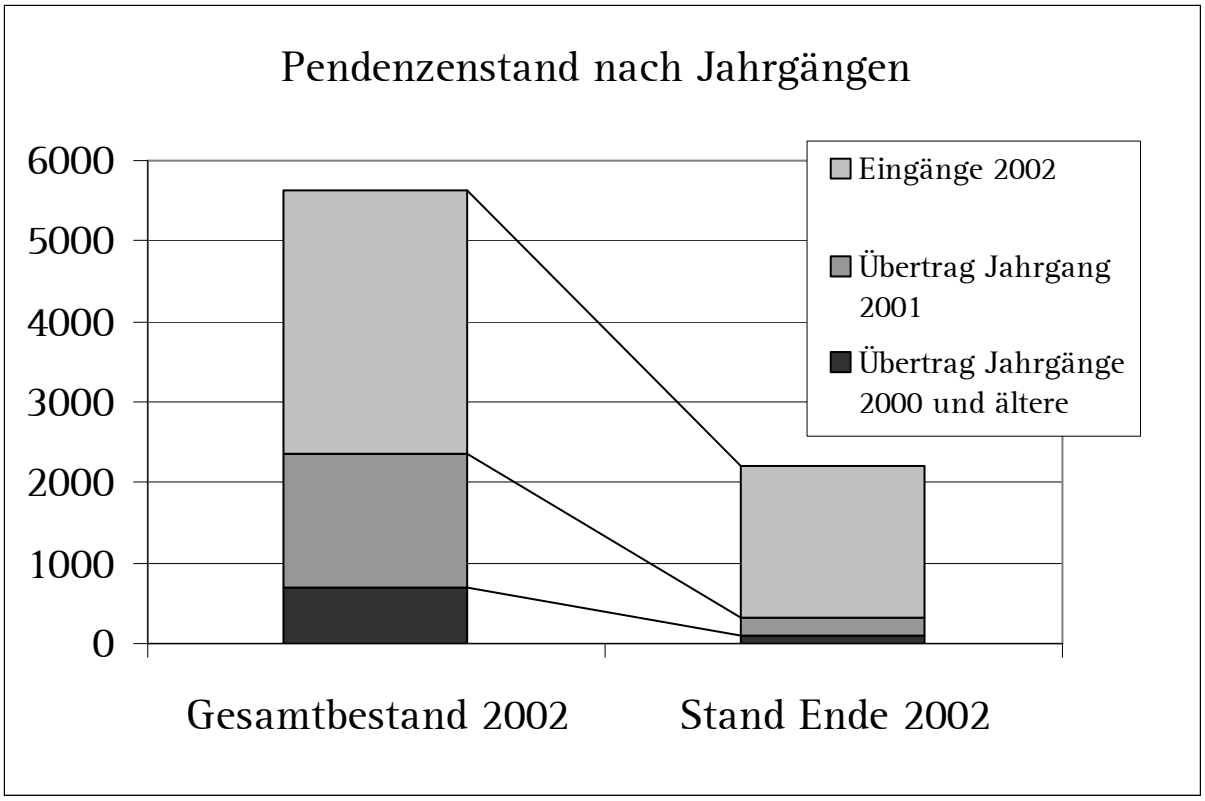
1.2 Entwicklung der Eingänge in den einzelnen Rechtsgebieten

Während sich in früheren Jahren ein Anstieg der Beschwerdeeingänge infolge schlechterer Konjunkturlage und mit der üblichen zeitlichen Verzögerung jeweils in erster Linie - und stets signifikant - im Bereich der Arbeitslosenversicherung bemerkbar gemacht hatte, war im Berichtsjahr in nahezu allen Zweigen der Sozialversicherung eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr festzustellen: Bei der Arbeitslosenversicherung stiegen die Eingänge um 47 % von 900 auf 1’322, in der Alters- und Hinterlassenenversicherung (Beschwerden und Schadenersatzklagen) um 7 % von 656 auf 704, bei der Unfallversicherung um 14 % von 169 auf 192, bei der Krankenversicherung um 19 % von 115 auf 137 und im Bereich der beruflichen Vorsorge um 25 % von 102 auf 127 Eingänge. Lediglich bei der Invalidenversicherung, welche bekanntermassen jeweils als letzter Bereich auf konjunkturelle Schwankungen reagiert, war ein Rückgang um 6 % von 803 auf 755 Beschwerdeeingänge zu verzeichnen.

1.3 Schwergewicht der Tätigkeit

Einen besonderen Akzent legte das Gericht im Berichtsjahr wiederum auf die Abarbeitung von älteren Fällen, deren Erledigung sich aus verschiedenen Gründen verzögert hatte. Einerseits liegen den länger dauernden Verfahren häufig sehr komplexe Sachverhaltsfragen zu Grunde, die Beweisverfahren mit Zeugeneinvernahmen und/oder medizinische Gutachten erfordern. Gerade für Letztere bestehen nicht selten Wartezeiten von

mehreren Monaten, manchmal gar von mehr als einem Jahr. Andererseits gibt es jeweils zahlreiche Fälle, die beispielsweise bis zum Abschluss arbeitsrechtlicher Verfahren oder bis zum Vorliegen definitiver Steuermeldungen sistiert werden müssen. Hinzu kommen oft mehrmalige Fristerstreckungen, die den Parteien auf deren Antrag hin gemäss ständiger Gerichtspraxis üblicherweise bewilligt werden. Wie die folgende grafische Darstellung jedoch zeigt, ist es im Berichtsjahr dennoch gelungen, die hängigen Fälle aus den Jahren 2001 und davor auf solche zu reduzieren, die aus den erwähnten Gründen noch gar nicht entscheidungsreif waren. Zusätzlich wurden auch über vierzig Prozent der im Berichtsjahr eingegangenen Fälle bereits erledigt.



2. Tätigkeiten der Geschäftsleitung und des Plenums

Im Berichtsjahr hat die Geschäftsleitung insgesamt 19 ordentliche und einige aus aktuellen Anlässen erforderliche ausserordentliche Sitzungen abgehalten. Im Vordergrund standen dabei die üblichen Tagesgeschäfte vorwiegend operativer und personeller Natur. Die permanente Entwicklung und Umsetzung des Controllings als eines der zentralen Führungs- und Steuerungsinstrumente des Gerichts nahmen ebenfalls viel, im Ergebnis aber gut investierte Zeit in Anspruch.

Demgegenüber traten die Mitglieder des Sozialversicherungsgerichts, die mit der Etablierung der Geschäftsleitung per 1. Januar 1999 von der direkten Gerichtsleitung entlastet worden waren, zu 5 Plenarsitzungen zusammen. Verschiedene Beschlüsse zu zentralen Themen in der Kompetenz des Plenums konnten zudem auf dem Zirkulationsweg erledigt werden.

Im Folgenden findet sich eine Auswahl jener Geschäfte, die im Berichtsjahr - über die rein interne Führung und Organisation des Gerichts hinaus - von allgemeiner Bedeutung waren:

2.1 Revision des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht und der Organisationsverordnung

Die vom Sozialversicherungsgericht im Jahre 2001 initiierte Revision des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht und der Organisationsverordnung (es wurde im Rechenschaftsbericht 2001 darüber orientiert) ging nach Bereinigung durch den zuständigen Gesetzgebungsdienst der Direktion für Justiz und Inneres in die Vernehmlassung an interessierte Kreise, v.a. an die politischen Parteien, Kassen und Versicherungsträger sowie an die Anwaltschaft im Kanton Zürich. Nach bereits erfolgter Auswertung der Vernehmlassungen durch die Direktion für Justiz und Inneres sollten die Vorlagen im Jahre 2003 vom Regierungsrat dem Parlament unterbreitet werden können.

2.2 Personalkonzept

Das Plenum verabschiedete im Frühjahr ein von der Geschäftsleitung unter Einbezug des gesamten Gerichtspersonals erarbeitetes Personalkonzept. Dieses umschreibt einleitend die personalpolitische Ausrichtung und Zielsetzung des Sozialversicherungsgerichts wie folgt:

- Orientierung am Leistungsauftrag der Rechtspflege und dabei insbesondere am Auftrag des Sozialversicherungsgerichts zur beförderlichen und qualitativ hochstehenden Behandlung seiner Geschäfte
- Orientierung an den Bedürfnissen seines Personals nach Schaffung und Erhaltung eines modernen Arbeitsplatzes (u.a. durch grosszügige und flexible Arbeitszeitgestaltung, durch weitreichende Förderung und Finanzierung der Aus- und Weiterbildung sowie durch faktische Mitsprache)
- Orientierung am Bestreben, qualifiziertes und motiviertes Personal zu erhalten (u.a. durch Betreiben einer explizit leistungsbezogenen Lohnpolitik mit Schaffung von kompetenzmässigen und finanziellen Aufstiegsmöglichkeiten)

Im Weiteren enthält das Personalkonzept Bestimmungen und Absichtserklärungen zu den Bereichen Personalrekrutierung, Probezeit, Einführung, Mitarbeiter/innenbeurteilung, Förderung und Beförderung sowie Honorierung sehr guter bzw. Massnahmen bei ungenügenden Leistungen.

2.3 Qualitätssicherung

Die interne 'Arbeitsgruppe Qualitätssicherung' hat ihre Untersuchungen (vgl. Rechenschaftsbericht 2001) im Berichtsjahr mit einem Schlussbericht an das Plenum beendet. Aufgrund der von der Arbeitsgruppe bereits in einem früheren Zeitpunkt getroffenen Feststellung, dass die Qualitätssicherung mehr umfasse als die Kontrolle bereits ergangener Entscheide, beschloss das Plenum Ende des Berichtsjahres auf Anregung der 'Arbeitsgruppe Qualitätssicherung', den im Rahmen des kantonalen *wif!*-Projekts eingesetzten Delegierten für Qualitätsmanagement für die Beurteilung verschiedener interner Abläufe beizuziehen. Die derzeit laufenden Arbeiten, deren Abschluss Mitte 2003 erwartet wird, betreffen jene Bereiche, die Leistungen für das Gericht und die Kammern erbringen, und fokussieren sich auf die Aspekte Aufbauorganisation, Prozess- und Projektmanagement, Dokumentenlenkung sowie Informatik.

2.4 Benchmarking-Projekt mit den Versicherungsgerichten der Kantone St. Gallen und Waadt

Im Anschluss an die Gründung der 'Konferenz der kantonalen Sozialversicherungsgerichte' (vgl. Rechenschaftsbericht 2001) stimmte das Plenum auf Vorschlag der Geschäftsleitung der Teilnahme des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich an einem vom Versicherungsgericht des Kantons St. Gallen initiierten Benchmarking-Projekt zu. Unter der Leitung des Transferzentrums für Technologiemanagement/TECTEM der Universität St. Gallen wurde in der Folge eine Studie unter den Gerichten SG, VD und ZH in Angriff genommen mit dem Ziel, hinsichtlich interner Abläufe und Strukturen die „best practices" zu eruieren. Um die gewünschten Vergleiche anstellen zu können, waren in mehreren Workshops die entsprechenden Kennzahlen zu erheben, abzugleichen und insbesondere auf die Basis einheitlicher Definitionen zu stellen. Der Schlussbericht wird im Frühjahr 2003 erwartet.

2.5 Anpassung der URB- und PE-Ansätze

Das Obergericht des Kantons Zürich hatte die seit längerem fällige und von der Anwaltschaft verschiedentlich monierte Erhöhung der Ansätze für unentgeltliche Rechtsverbeiständung und Prozessentschädigung von bisher Fr. 160 auf Fr. 200 (plus MWSt) per Novemberbrief in seinen Voranschlag für das Jahr 2002 aufgenommen und mit der Abnahme des Budgets durch den Kantonsrat grünes Licht für die Anpassung erhalten. Diese Ausgangslage gestattete es dem Sozialversicherungsgericht, dessen entsprechende Aufwendungen einen im Verhältnis zur gesamten zürcherischen Rechtspflege vergleichsweise bescheidenen Teil ausmachen, die Ansätze per 1. April 2002 ebenfalls zu erhöhen.

2.6 Inkrafttreten der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft per 1. Juni 2002

Am 1. Juni 2002 sind die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft in Kraft getreten, darunter auch das Personenfreizügigkeitsabkommen/APF, welches im Rahmen seines Anwendungsbereichs die bisherigen Sozialversicherungsabkommen zwischen der Schweiz und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ersetzt und damit das anwendbare internationale Sozialrecht im Verhältnis zu den EU-Staaten vereinheitlicht hat. Im Zentrum dieses koordinierenden Sozialrechts steht das Gebot der Gleichbehandlung von EU-Ausländerinnen und Ausländern betreffend Sozialleistungen.

Da infolge der spezifischen Vertragsausgestaltung die meisten schweizerischen Renten im eurointernationalen Verhältnis nach wie vor ausschliesslich nach schweizerischem Recht berechnet werden können, haben sich die vom Sozialversicherungsgericht bisher zu behandelnden Fragenkomplexe zur Hauptsache auf solche des Übergangsrechts sowie des Arbeitslosenversicherungsrechts beschränkt.

2.7 Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts

Mit Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts/ATSG per 1. Januar 2003 und des damit generell eingeführten Einspracheverfahrens bei den Vorinstanzen waren infolge zeitlicher Dringlichkeit vorab verschiedene übergangsrechtliche Fragen zu klären.

Das ATSG wird im Übrigen zur Folge haben, dass tendenziell einfachere Fälle bereits im Einspracheverfahren erledigt werden können und dass mittelfristig damit der Anteil komplexer Fälle beim Sozialversicherungsgericht ansteigen wird.

2.8 Verlustscheinverwaltung

Da das Obergericht des Kantons Zürich über die geeignete Infrastruktur zur Verlustscheinverwaltung verfügt, hatten auf Empfehlung der kantonalen Finanzkontrolle bereits das Verwaltungsgericht und das Kassationsgericht, und im Berichtsjahr nunmehr auch das Sozialversicherungsgericht, je eine Vereinbarung mit dem Obergericht abgeschlossen, wonach Verlustscheine aufgrund nicht oder nur schwer einbringbarer Forderungen (festgestellt per Verfügung des jeweiligen Gerichtspräsidiums) an das Obergericht abgetreten werden. Damit können diese Gerichte auf das mühsame Eintreiben solcher Forderungen verzichten und entsprechende Kosten sparen; das Obergericht seinerseits wird für seine diesbezüglichen Bemühungen durch die ab und zu doch noch erfolgreichen Einzelinkassi entschädigt.

2.9 Schulung und Weiterbildung

In Ergänzung zu öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren haben im Berichtsjahr folgende interne Veranstaltungen zu folgenden Themen stattgefunden:

- Bilaterale Abkommen, v.a. Personenfreizügigkeitsabkommen/APF (Referate von Dr. Silvia Bucher, Gerichtsschreiberin am Eidgenössischen Versicherungsgericht, und lic. iur. et theol. Edgar Imhof, juristischer Sekretär und ausserordentlicher Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich)
- Sozialversicherungsrechtliche Aspekte der Aus- und Weiterbildung (Referat von PD Dr. Gabriela Riemer-Kafka)
- Zur Zukunft der harmonisierenden Auslegung im Sozialversicherungsrecht (Referat von PD Dr. Thomas Gächter, juristischer Sekretär am Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, publiziert in: 'Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge', Band 46, 2002, Heft 6, S. 522 ff.)
- Rechtsprechung, externe (medizinische) Beurteilung und Adäquanz (Referat von Dr. Hans-Jakob Mosimann, Präsident des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich, publiziert in: Erwin Murer [Herausgeber], Psychische Störungen und die Sozialversicherung - Schwerpunkt Unfallversicherung, Stämpfli Verlag AG Bern, 2002)
- Fachtagung für das juristische Personal aller kantonalen (Sozial-)Versicherungsgerichte zum ATSG, organisiert und durchgeführt durch die sozialversicherungsrechtliche Abteilung des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern

3. Rechtsprechung

Unter www.sozialversicherungsgericht.zh.ch ist eine Sammlung ausgewählter Entscheide des Sozialversicherungsgerichts veröffentlicht. Es ist geplant, noch im Laufe des Jahres 2003 alle Kollegialgerichtsentscheide sowie wesentliche Einzelrichterentscheide (ab Frühjahr 2003) im Internet zur Verfügung zu stellen.

4. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte hat im Berichtsjahr insgesamt 4 Sitzungen abgehalten. Hauptthemen waren dabei:

- Erlass gemeinsamer Richtlinien für die Kosten/Leistungsrechnung/KLR
- Stellungnahme der obersten Gerichte im Rahmen des Mitberichtsverfahrens zu der von der Finanzdirektion (Personalamt) vorgeschlagenen Flexibilisierung des Lohnkonzepts (Änderung der Personalverordnung und der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz)
- Vernehmlassung der obersten Gerichte zum Entwurf einer Verordnung über die Benützung von Internet und E-Mail in der kantonalen Verwaltung

In seiner Sitzung vom 11. Juni 2002 erliess der Plenarausschuss der obersten Gerichte auf Vorschlag der Verwaltungskommission die

- Verordnung der obersten kantonalen Gerichte über die Entschädigung der Zeuginnen und Zeugen, Auskunftspersonen, Sachverständigen sowie der Übersetzerinnen und Übersetzer

Am 1. Juli 2002 hat Dr. Hans-Jakob Mosimann, Präsident des Sozialversicherungsgerichts, das Präsidium der gemeinsamen Verwaltungskommission und des gemeinsamen Plenarausschusses der obersten kantonalen Gerichte übernommen und damit die Nachfolge des Präsidenten des Verwaltungsgerichts, Dr. Andreas Keiser, angetreten. Zum Vizepräsidenten wurde lic. iur. Remo Bornatico, Präsident des Obergerichts, gewählt. Er wird der gemeinsamen Justizverwaltung ab 1. Juli 2003 vorstehen.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Mosimann Hans-Jakob

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Mosimann Hans-Jakob
- Faesi Thomas
- Meyer Beat
- Pfiffner Rauber Brigitte
- Zünd Christian

5. Personelles

5.1 Stellenplan

Seit der personellen Aufstockung im juristischen Sekretariat per 1. Januar 1996 und der Erhöhung der Anzahl Richterstellen im Sommer 1998 (Kantonsratsbeschluss vom September 1997) war der Stellenplan des Sozialversicherungsgericht unverändert geblieben.

Da indessen die ehemals sehr grosse Zahl von Pendenzen zwischen 1999 und 2001 deutlich reduziert werden konnte, senkte das Sozialversicherungsgericht den bisher mit 40 Vollstellen dotierten Bereich 'Juristisches Sekretariat' (inkl. Stabsstellen) auf das Berichtsjahr hin auf 37 Vollstellen. Gemessen an diesem tieferen Referenzwert ergab sich folgende Stellenplanauslastung:

- Gesamtgericht: 93 % (2001: 92 %)
- Richter/innen: 103 % (2001: 102 %)
- Juristisches Sekretariat: 88 % (2001: 87 %)
- Administrative Kanzlei: 101 % (2001: 104 %)

5.2 Funktionsgruppen, Beschäftigungsgrad

Mitglieder des Gerichts:

9 Stellen, belegt von 13 Richterinnen und Richtern, 5 mit einem Beschäftigungsgrad von 100 % und 8 mit einem Beschäftigungsgrad von 50 %.

Ordentliche Ersatzmitglieder des Gerichts:

6 Ersatzmitglieder (drei vom Kantonsrat und drei vom Sozialversicherungsgericht gewählte).

Juristisches Sekretariat (inkl. Stabsstellen):

37 Stellen: Über das ganze Jahr hinweg gerechnet waren diese Stellen belegt von 50 Personen, wovon 21 mit einem Beschäftigungsgrad von 100 % und 29 mit einem solchen zwischen 50 % und 90 %, in zwei auf besonderes Gesuch hin ausnahmsweise bewilligten Einzelfällen von 40 %.

Administrative Kanzlei:

10 Stellen, belegt von 15 Personen, wovon deren 1 mit einem Beschäftigungsgrad von 100 % sowie 14 mit einem solchen von 20 % bis 90 %.

5.3 Verhältnis weibliches/männliches Personal

Insgesamt beschäftigte das Sozialversicherungsgericht im Berichtsjahr (nach Anzahl Personen) 63 % weibliches und 37 % männliches Personal (Vorjahr 69 % zu 31 %). Bei den Richterpersonen waren es 46 % zu 54 % (wie im Vorjahr), beim juristischen Sekretariat

56 % zu 44 % (Vorjahr 65 % zu 35 %) und bei der administrativen Kanzlei 100 % zu 0 % (wie im Vorjahr).

5.4 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

  *Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantons*rat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

  - Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur., Gerichtspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung
  - Faesi Thomas, Dr. iur., 1. Vizepräsident, Mitglied der Geschäftsleitung
  - Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
  - Bürker-Pagani Rosanna, lic. iur.
  - Daubenmeyer Müller Verena, lic. iur.
  - Engler Urs, lic. iur., Vizepräsident
  - Grünig Christine, lic. iur., Vizepräsidentin
  - Meyer Beat, lic. iur., Mitglied der Geschäftsleitung
  - Pfiffner Rauber Brigitte, lic. iur.
  - Spitz Ueli, lic. iur, Vizepräsident
  - Walser Hermann, Dr. iur.
  - Weibel-Fuchs Rosetta, lic. iur.
  - Zünd Christian, Dr. iur., Mitglied der Geschäftsleitung

  Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

  - Peter Roger, Dr. iur.
  - Romero-Käser Irene, lic. iur.
  - Schmid Göldi Rita, lic. iur.

  Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

  - Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
  - Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
  - Maurer Reiter Edith, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

  Generalsekretär:

  - Schnetzer Robert, Dr. iur.

  Stellvertretende/r Generalsekretär/in:

  - Zimmermann Christoph, lic. iur.**
  - Palffy Stefanie, lic. iur. (ab 1.10.02)

  Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

  - Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

  Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

  - Ernst Jörg, lic. iur. (ab 1.12.02)

  EDV-Support:

  - Pfenninger Sascha, Informatiker*

  Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

  - Herzog Annelies, lic. iur. et phil.

- **Kammersekretär/innen**
  - Ernst Jörg°, lic. iur. (bis 30.11.02)
  - Fehr Pascale°, lic. iur.
  - Möckli Walter°, lic. iur. (ab 1.12.02)
  - Peter Oliver°, lic. iur.
  - Tanner Imfeld Monika°, lic. iur.

- **Juristisches Sekretariat**
  - Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.*
  - Baggenstos Sara°, lic. iur.**
  - Brügger Felix°, lic. iur.
  - Buis Anja°, lic. iur.
  - Burgherr Urs°, lic. iur.
  - Cavallo Angela, lic. iur.**
  - Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
  - Dall'O-Bernardini Pascale, Dr. iur.*

- Fraefel Thomas, Dr. iur.
- Füchslin Willi, lic. iur.
- Gasser Birgit°, lic. iur.
- Glättli Elisabeth°, Dr. iur.
- Gräub Erich°, lic. iur.
- Guggisberg Matthias, lic. iur.*
- Häny Iris°, lic. iur.
- Ibrahim-Lamas Monica, lic. iur.
- Imhof Edgar°, lic. iur. et theol.
- Jäggi Regina°, lic. iur.
- Kobel Barbara°, lic. iur.
- Krapf Markus°, lic. iur.**
- Malnati Burkhardt Cristina, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.*
- Möckli Walter°, lic. iur. (bis 30.11.02)
- Müller Urs, lic. iur.**
- Neill Susanne, lic. iur.**
- Palffy Stefanie°, lic. iur. (bis 30.9.02)
- Rieser Stierli Miriam, lic. iur.
- Randacher Madeleine, Dr. iur.*
- Schetty Alain, lic. iur.
- Schwarz Stéphanie, lic. iur.**
- Steck Yvonne, lic. iur.*
- Stocker Werner°, Dr. iur.
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Tischhauser Christoph, lic. iur.*
- Vieli Corinne°, lic. iur.
- Volz Melchior, lic. iur.
- Von Streng Kitty, Dr. iur.
- Werner Ulrike, lic. iur.
- Wilhelm Georg, lic. iur.

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab Januar 2002)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis Dezember 2002)

(°) Fallweiser Einsatz als aoErsatzrichter/in

- **Administrative Kanzlei**
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Dopp Ilse-Maria
  - Fritz-von Allmen Doris
  - Grässli-Wolf Ursula
  - Hasler Sonja
  - Keller Jrene
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Theiler Brigitte
  - Véron Carbogno Agnes

6. Sachliche Zuständigkeit

6.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts *(bis 31. Dezember 2002)*

Gemäss §§ 2 und 4 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht beurteilt dieses als einzige kantonale gerichtliche Instanz die folgenden Streitigkeiten nach Bundesrecht:

- Klagen nach Art. 52 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenen-Versicherung in Verbindung mit Art. 81 Abs. 3 der Verordnung dazu sowie Beschwerden nach Art. 84 und 91 Abs. 2 des Gesetzes
- Beschwerden nach Art. 69 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung
- Beschwerden nach Art. 7 des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89^{bis} Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Beschwerden betreffend die Anwendung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung *(gemäss Beschluss des Kantonsrates vom 7. Dezember 1998, rückwirkend ab 1. März 1998)*
- Beschwerden nach Art. 106 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung
- Beschwerden nach Art. 55 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung
- Beschwerden nach Art. 24 des Bundesgesetzes über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee und Zivilschutz
- Beschwerden nach Art. 22 des Bundesgesetzes über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
- Beschwerden nach Art. 100 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes
- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes
- Klagen betreffend Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach Art. 47 Abs. 2 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen

Gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht entscheidet dieses endgültig über folgende kantonalrechtliche Streitigkeiten:

- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemein-dezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden nach § 18 des Gesetzes über die Leistungen an Arbeitslose *(in Kraft bis 31. Dezember 1999)*
- Beschwerden nach dem Gesetz über Kinderzulagen für Arbeitnehmer
- Beschwerden gemäss Art. 65 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung

6.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 36 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung, Art. 26 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung.

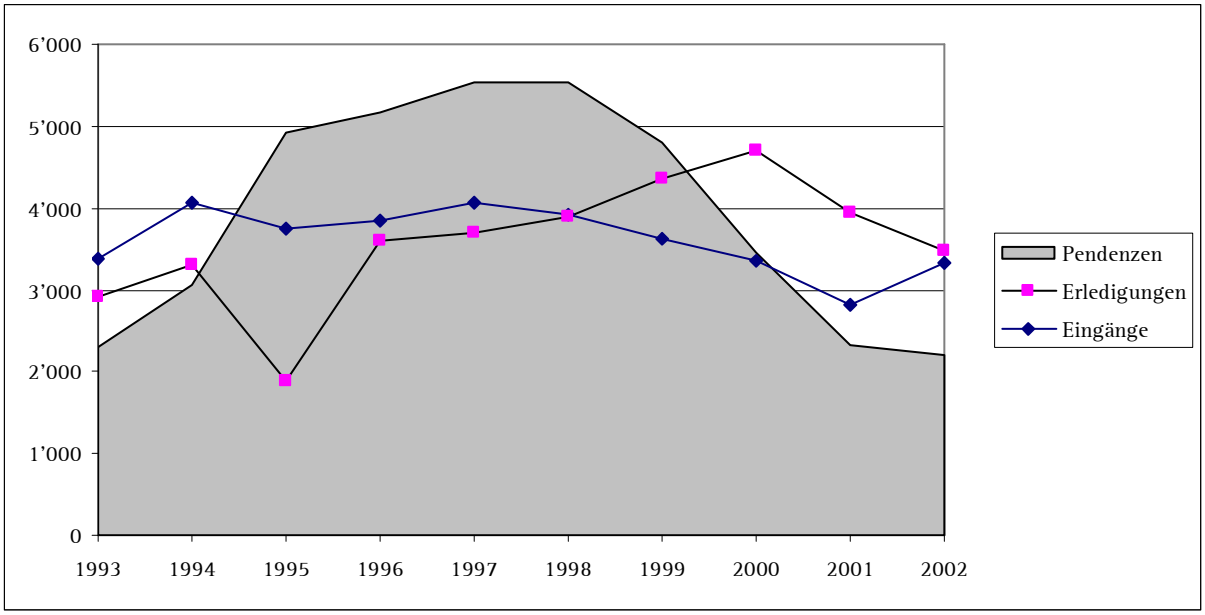
7. Statistische Übersichten

7.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag 2001	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (Beschwerden)	374	609	616	367
AHVG (Klagen)	99	95	107	87
AVIG	650	1'322	1'295	677
BVG	103	127	97	133
EOG	0	2	2	0
IVG	693	755	883	565
KVG	147	137	166	118
MVG	4	3	3	4
OHG	5	13	13	5
UVG	209	192	207	194
Übrige*	51	80	84	47
2002	**2'335**	**3'335**	**3'473**	**2'197**
2001	3'452	2'818	3'935	2'335
Differenz in %		18.3	- 11.7	- 5.9

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



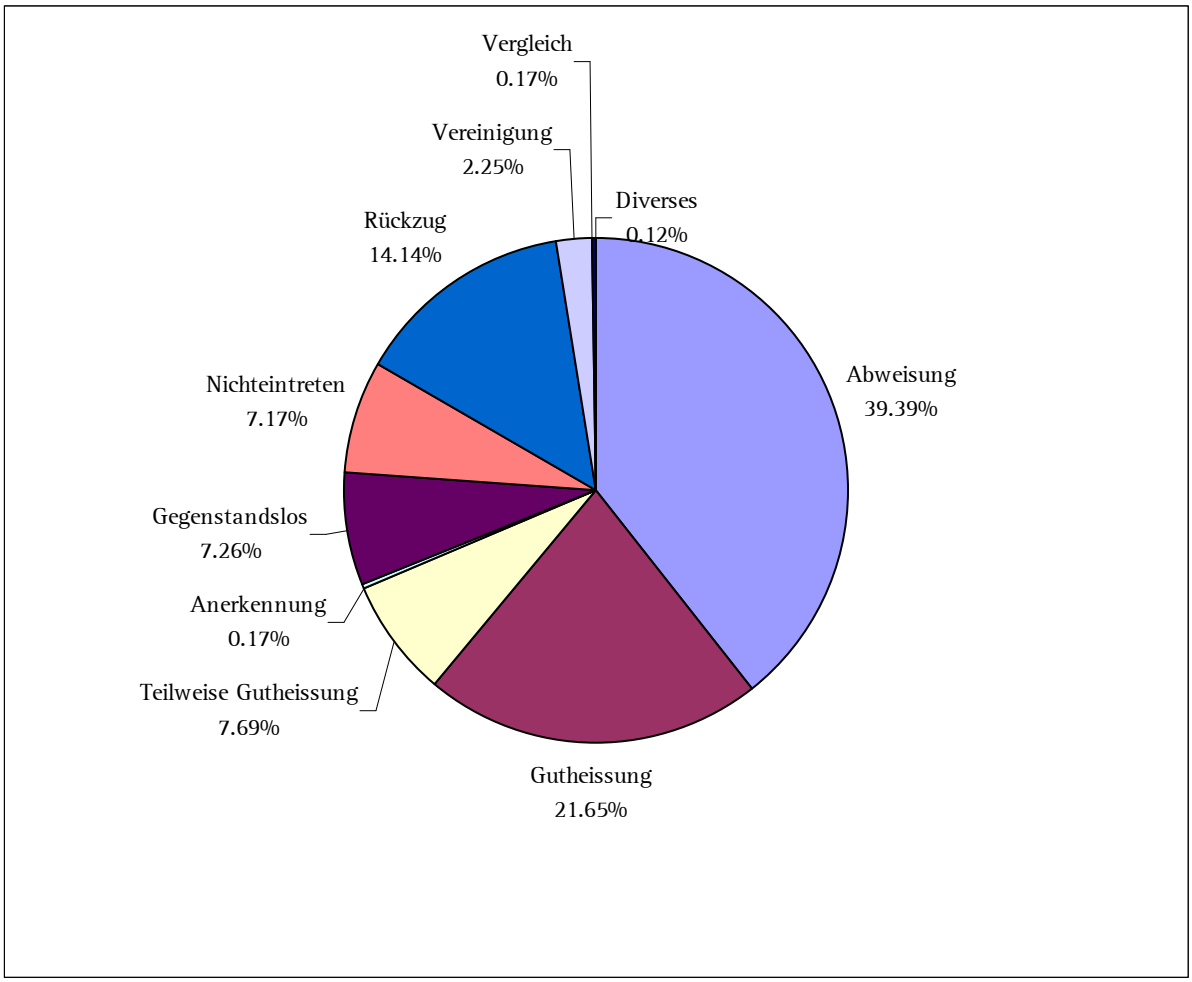
	1993*	1994*	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Eingänge	3'376	4'059	3'750	3'844	4'054	3'917	3'615	3'356	2'818	3'335
Erledigungen	2'911	3'311	1'892	3'588	3'697	3'904	4'352	4'704	3'935	3'473
Pendenzen	2'305	3'053	4'911	5'167	5'524	5'537	4'800	3'452	2'335	2'197

*Quelle: Geschäftsberichte des Regierungsrates und Rechenschaftsberichte des Obergerichts für die Jahre 1993 bis 1994

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheis-sung	Teilw. Gut-heissung	Anerken-nung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (B)	137	51	44	0	59	53	240	30	1	1	616
AHVG (K)	11	55	21	3	4	4	0	9	0	0	107
AVIG	665	231	93	0	106	100	86	12	0	2	1'295
BVG	30	19	9	1	6	15	14	2	1	0	97
EOG	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
IVG	335	284	55	0	54	40	97	18	0	0	883
KVG	44	32	20	2	9	17	37	1	4	0	166
MVG	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3
OHG	6	3	2	0	1	0	1	0	0	0	13
UVG	107	55	16	0	2	11	9	6	0	1	207
Übrige*	28	22	7	0	11	9	7	0	0	0	84
2002	**1'368**	**752**	**267**	**6**	**252**	**249**	**491**	**78**	**6**	**4**	**3'473**
2001	1'551	991	304	15	279	178	529	69	13	6	3'935

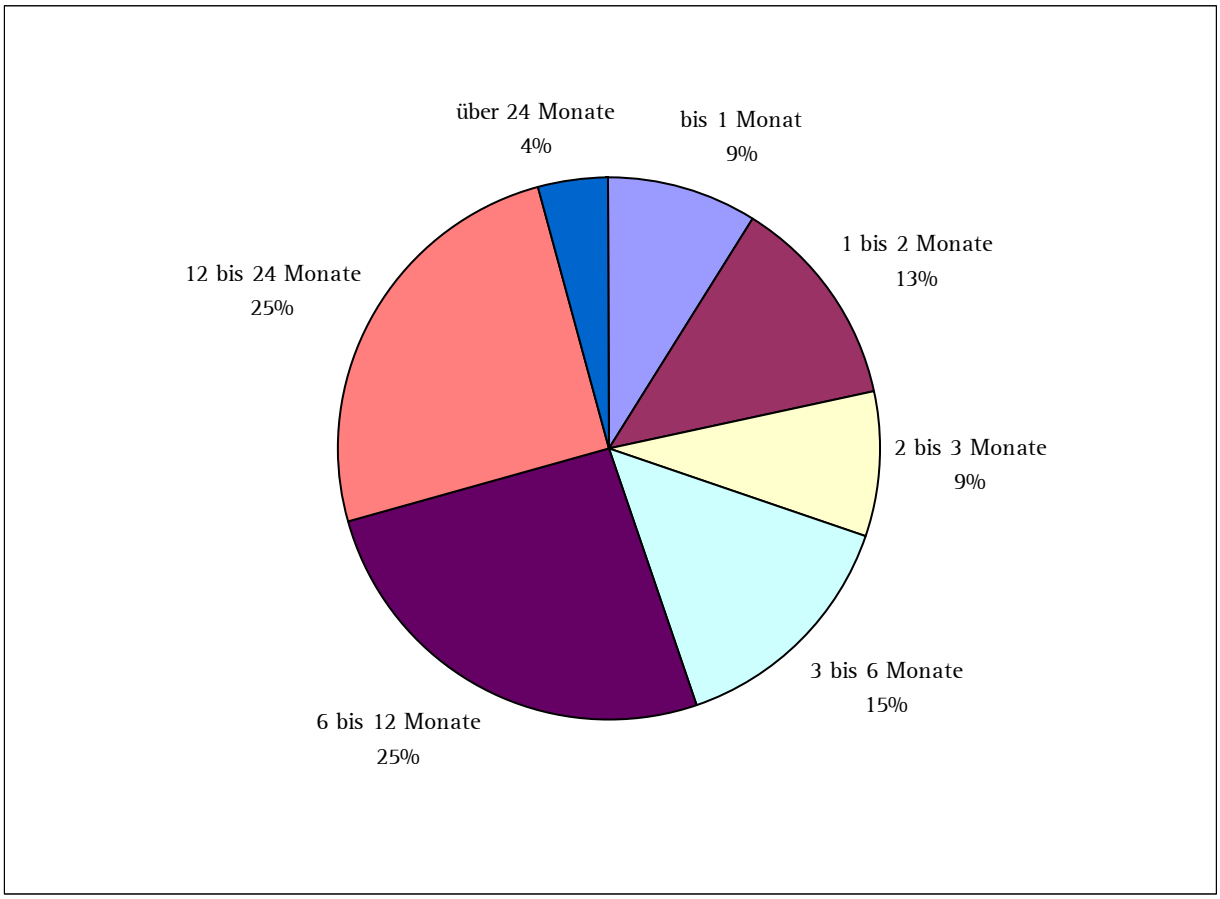
* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (Beschwerden)	131	131	46	74	116	86	32	616
AHVG (Klagen)	3	4	3	15	20	38	24	107
AVIG	102	218	145	235	354	227	14	1'295
BVG	8	4	5	10	14	47	9	97
EOG	0	0	1	1	0	0	0	2
IVG	31	52	77	126	290	276	31	883
KVG	13	14	6	18	19	81	15	166
MVG	0	0	0	0	0	3	0	3
OHG	0	2	4	1	5	0	1	13
UVG	9	5	5	16	62	89	21	207
Übrige*	9	12	8	14	17	24	0	84
2002	**306**	**442**	**300**	**510**	**897**	**871**	**147**	**3'473**
2001	307	349	238	423	763	1'617	238	3'935

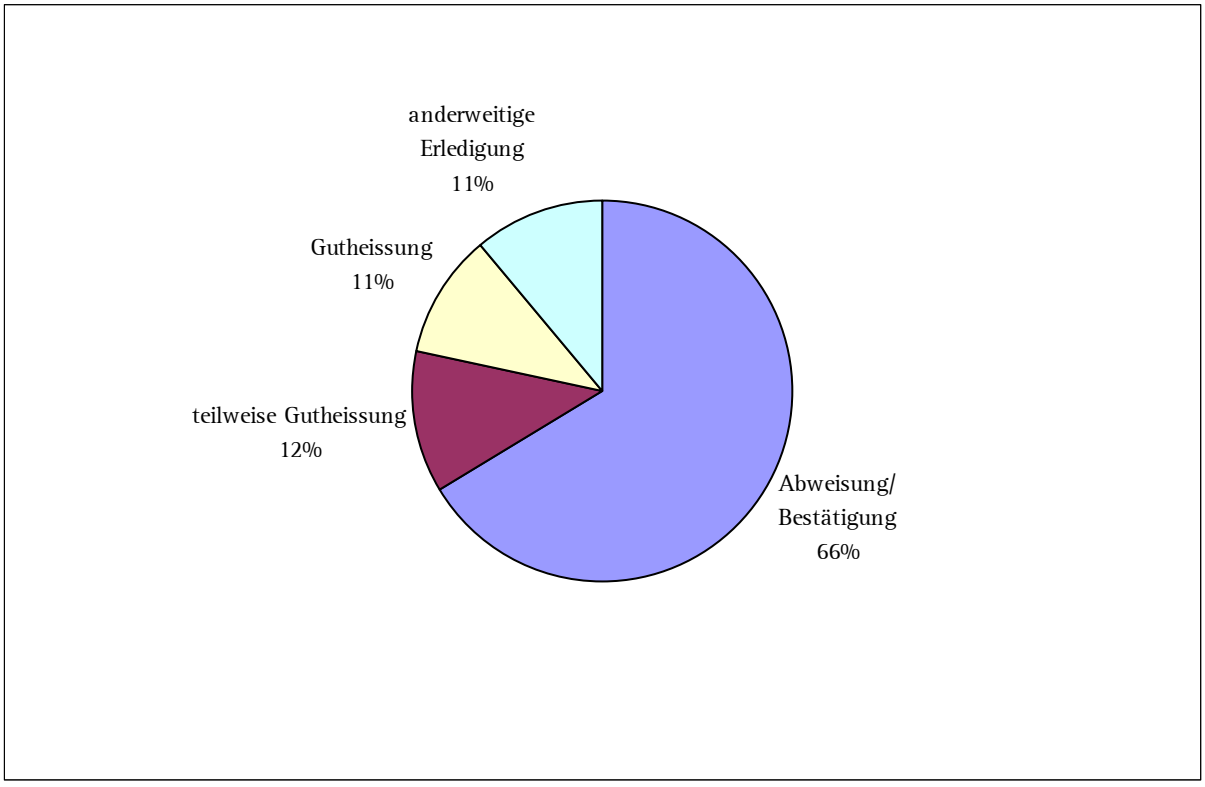
* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



- **Vom Eidgenössischen Versicherungsgericht erledigte Prozesse**

	Abweisung Bestätigung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	anderweitige Erledigung	Total
AHVG (Beschwerden)	30	5	8	9	52
AHVG (Klagen)	21	6	2	9	38
AVIG	60	10	12	11	93
BVG	15	2	5	2	24
EOG	0	0	0	1	1
IVG	93	20	12	11	136
KVG	16	3	2	2	23
MVG	0	0	0	0	0
OHG*	0	1	1	1	3
UVG	61	6	6	3	76
Übrige**	7	1	0	2	10
2002	**303**	**54**	**48**	**51**	**456**
2001	313	60	78	84	535

* Vom Bundesgericht (Lausanne) erledigte Prozesse
** gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



Vergleich „Umkehrquote“ EVG

- Gesamtschweizerische 30.8 %
- Sozialversicherungsgericht ZH 22.4 %

7.2 Schiedsgericht in Kranken- und Unfallversicherungsangelegenheiten

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag 2001	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2002	**12**	**7**	**5**	**14**
2001	10	5	3	12

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2002	**1**	**1**	**0**	**2**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**5**
2001	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	3

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2002	**0**	**0**	**0**	**2**	**1**	**1**	**1**	**5**
2001	0	0	0	1	0	1	1	3

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (Entwurf)
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
EOG	Bundesgesetz über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende in Armee und Zivilschutz
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KUVG	Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung (bis 31.12.1995)
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (ab 1.1.1996)
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen